

## Tagung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ trat gestern zu ihrer 40. Hauptversammlung im Rheingold zusammen. Graf v. Mirbach-Sorquitten berührte in seiner Eröffnungsansprache auch einige politische Fragen. Er wies auf die gegenwärtige demokratische Strömung, die alles über Bord werfen möchte, was uns zu unseren Waffenerfolgen befähigt hat. Konjunktivismus, Liberalismus, Sozialismus seien politische Prinzipien, nicht aber der Begriff der Demokratie. Die Bewegung, von internationalen Kräften gefördert, wolle ausschließlich den internationalen Sozialismus zur Herrschaft bringen, was in Rußland gelungen sei, um Deutschland und namentlich Preußen das Rückgrat zu brechen. Damit wurde der Burgfrieden gebrochen, auch durch die Regierung mit der Vorlage des Reichstagswahlrechts für Preußen. Daß die Parteien der Rechten sich durch die sachliche und berechtigte Abwehr an dem Burgfriedensbruch beteiligt hätten, sei eine unverantwortliche Verleumdung. Für die Landwirtschaft würde das allgemeine Wahlrecht, das der Mehrheit der Kopfzahl, der Arbeiterklasse, die Herrschaft gibt, die politische Knechtschaft bedeuten. Das wäre ihr Kriegslohn für ihre schweren Opfer, die nach der Zahl Beherpflichtigen die größten seien.

Die weitere Folge des gleichen Wahlrechts würde sein eine vermögenskonfiszierende Steuerpolitik, die Gefährdung der Einzelstaaten und schließlich des Eigentums — wie in Rußland. Dann wendete sich Graf v. Mirbach zur Landwirtschaft und ihrem Wiederaufbau und sprach einen Dank gegen Heer und Flotte aus und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, die Bundesfürsten und freien Städte.

Hauptgegenstand der Beratungen war

### die Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit der deutschen Erzeugung.

Der erste Berichtstatter, Präsident a. D. Prof. van der Borght sprach über die Wiederherstellung von Industrie, Gewerbe und Handel und vertrat dabei folgende Gedanken, die er in Form einer Entschliebung der Versammlung vorlegte: 1) Die Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit der gewerblichen Gütererzeugung und des Handels ist ohne Rückkehr zu den bewährten Grundsätzen selbstverantwortlicher und selbständiger Wirtschaftsführung nicht möglich. Die im Kriege geschaffenen staatssozialistischen Einrichtungen sind deshalb in der Übergangszeit nicht nur nicht zu erweitern, sondern abzubauen in dem Maße, wie es den Verhältnissen entspricht. 2) Eine Vermögenswegnahme zugunsten der Reichskasse würde den wirtschaftlichen Wiederaufbau zum Schaden des Gesamtwohls erschweren und verzögern, selbst gefährden. 3) Von einer amtlichen Verteilung des Kapitals, der Rohstoffe und des Schiffsraumes, sowie von einer amtlichen Regelung der Ein- und Ausfuhr nach Menge und Art der Waren ist abzusehen, da keine staatliche Behörde dieser Aufgabe gewachsen sein würde. Die Kreditanstalten und die Organisationen der beteiligten Kreise sind hierzu allein imstande. 4) Der Sicherung unseres Eisenbedarfs sind die Erzgebiete von Longwy und Briey beim Friedensschluß dienstbar zu machen. 5) Die baldige Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel ist eine unentbehrliche Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. 6) Zur Sicherung des inländischen Marktes für die inländische Gütererzeugung sind auf die Dauer die bisherigen Grundsätze der deutschen Zollpolitik unentbehrlich. 7) Die Grundlagen eines gesunden wirtschaftlichen Verkehrs mit dem Auslande müssen in den Friedensverträgen gesichert werden. Zu dem Zwecke haben sie ihre handelspolitischen Abmachungen den Grundsätzen der deutschen Zollpolitik anzupassen, eine Schädigung in bezug auf die deutschen Auslandsforderungen und Auslandswerte abzuwehren und die Tatsache zu verwerten, daß Deutschland als Abnehmer und Lieferer wichtiger Waren für das Ausland von besonderer Bedeutung und zum Teil unersehblich ist. 8) Zur Förderung gesunder wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Auslande bedarf der deutsche Aufklärungs-, Nachrichten- und Pressedienst im Auslande einer wesentlichen Verbesserung. 9) Außenhandel und Wirtschaftspolitik müssen durch Vermittlung der großen Organisationen der Beteiligten in engere Fühlung miteinander gebracht werden. 10) Die Valuta kann erst nach dem Kriege allmählich wiederhergestellt werden. Eine Kriegsschädigung würde auch hierbei die wertvollste Hilfe leisten.

Sodann sprach Professor Dr. Dade über die

### Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit der Landwirtschaft.

Er betonte die Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Eigenversorgung. Erst nachdem die Landwirtschaft die Nahrungsmittel (auch für den Kriegsfall) unbedingt gesichert hat, darf sie unentbehrliche Rohstoffe, wie Faserstoffe, Wolle usw., erzeugen. Die bisherige Schutzollpolitik müsse nach dem Kriege wieder aufgenommen werden. Die grundlegende Sicherstellung unserer Volksernährung müssen wir in eigener Hand behalten und uns in keiner Weise vom Auslande, auch nicht von befreundeten Nachbarstaaten, abhängig machen. Zur wirtschaftlichen Sicherung verlangte Prof. Dr. Dade die Einverleibung von Kurland, Livland, Estland und Litauen in das deutsche Wirtschaftsgebiet, was auch das deutsche Bevölkerungsproblem lösen würde, und sprach sich gegen Monopole, besonders gegen ein durch fiskalische Rücksichten bestimmtes Getreidemonopol aus. Durch die Notwendigkeit immer wiederholter Preisfestsetzungen würde sich eine unheilvolle Quelle fortwährender Parteikämpfe bilden. Weiter würde das Monopol Erhaltung und Steigerung der inländischen Getreideproduktion beeinträchtigen, da sein fiskalischer Charakter den inländischen Getreidepreis voraussichtlich selbst unter die Erzeugungskosten herabdrücken würde. Darin würde aber auch eine unverantwortliche Schwächung unserer militärischen Verteidigungsfähigkeit liegen, wie der Krieg dies zur Genüge erwiesen hat. Weiter verlangte der Redner eine zielbewusste Vorratswirtschaft. Die Vorräte würden auch für die deutsche Valuta im In- und Auslande eine ebenso gute oder vielleicht noch bessere Fundierung als Gold bilden. — Einen Antrag in diesem Sinne legte der Redner vor.

Hieran schloß sich eine längere Aussprache.

Ministerialdirektor a. D. Graf v. Kerserlingk bemerkte: a. Er sei auch kein Freund der Monopole; aber die gegenwärtige Lage sei leider der Einführung der Monopole günstig. Man dürfe sich ja doch nicht darüber täuschen, daß durch die Haltung des deutschen Reichstages wenig Aussicht auf eine Kriegsschädigung ist. Die Folge davon würde sein, daß, wenn der Krieg noch bis zum Herbst dauert, das deutsche Volk jährlich eine Last von 9 Milliarden oder noch mehr auf seine Schultern nehmen müssen. Dann aber wird man zweifellos auch zu dem Mittel der Monopole greifen. Räme das, dann mühten wir für ein Getreidemonopol unbedingt die maßgebende Beteiligung der Landwirtschaft fordern.

Graf Mirbach-Sorquitten war unbedingt gegen das Getreidemonopol.

Prof. Dr. Dade erklärte, daß er nicht gegen Monopole an sich sei; er würde z. B. solche für Branntwein, Bier, Kohle, Stickstoff in Erwägung ziehen.

Graf v. Tiele-Windler wies darauf hin, daß die Kriegserfahrungen doch den Gedanken nahegelegt haben, ob denn künftig überhaupt das Gold die Grundlage der Zahlung sein werde und nicht vielmehr für uns z. B. Kupfer und Kali.

Die vorgelegten Anträge wurden mit geringen Änderungen angenommen, dabei die Erwerbung von Longwy und Briey noch ausdrücklich gefordert und dann durch Graf Mirbach-Sorquitten die Versammlung geschlossen.